

1771/AB XXI.GP  
Eingelangt am: 16.03.2001

Die Bundesministerin  
für auswärtige Angelegenheiten

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Lunacek und Genossen haben am 18. Jänner 2001 unter der Nr. 1728/J - NR/2001 an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Einsatz und Wirkung von NATO - Munition mit abgereichertem Uran im Balkankrieg“ gerichtet.

Ich beehre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

**Zu Frage 1:**

Österreich hat sich im EU - Rahmen und gegenüber der NATO für eine restlose Aufklärung des Gefährlichkeitsgrades dieser Munition ausgesprochen. Seitens der NATO wurden, wie von Österreich und anderen Staaten gefordert, die Einsatzorte der Munition in Bosnien und Herzegowina und Kosovo veröffentlicht. Eine Untersuchung durch Experten der Weltgesundheitsorganisation im Kosovo Ende Jänner hat keine Verbindung zwischen Überresten von abgereichertem Uran und Krebserkrankungen oder toxisch - chemischen Effekten auf den menschlichen Körper feststellen können.

Der Verdacht der Gesundheitsgefährdung durch die Überreste von Munition mit abgereichertem Uran konnte auch in wissenschaftlichen Untersuchungen durch anerkannte Labore (zum Beispiel die Studie „Depleted Uranium“ des schweizerischen AC - Laboratorium Spiez vom Mai 2000) bisher nicht bestätigt werden. Auch eine am 13. März 2001 veröffentlichte Studie von UNEP kommt zu dem Ergebnis, daß keine direkte Strahlengefährdung vorliege, jedoch Auswirkungen auf das Grundwasser nicht auszuschließen seien.

Ad 1a) und 1b): Die Information der Bevölkerung obliegt UNMIK im Kosovo beziehungsweise dem OHR/UNMIBiH in Bosnien und Herzegowina und ist nach Wissenstand des BMAA auch erfolgt.

Ad 1c): Die Österreichische Botschaft in Sarajewo und die Außenstelle der Österreichischen Botschaft Belgrad in Prishtina stehen mit den Österreichern vor Ort in ständigem Kontakt. So hat beispielsweise die österreichische Botschaft in Sarajewo im Februar 2001 eine Informationsveranstaltung für alle Österreicher vor Ort organisiert. Eine österreichische Ärztin, die die lokalen UN - Mitarbeiter betreut, klärte in einem Vortrag mit nachfolgender Diskussion die anwesenden Österreicher (NGO, Unternehmer, Internationale Organisationen) umfassend auf.

**Zu Frage 2:**

In Bosnien und Herzegowina wurde zuletzt Mitte Jänner 2001 eine Untersuchung durch SFOR durchgeführt, welche keine konkrete Gesundheitsgefährdung aufzeigen konnte. Im Kosovo sind schon zahlreiche Untersuchungen erfolgt. Bereits im Herbst 1999 wurde die erste Studie „The Kosovo Conflict: Consequences for the Environment and Human Settlements“ vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen UNEP veröffentlicht. Am 6. März 2001 wurde der Bericht einer von der Europäischen Kommission im Rahmen ihrer Kompetenz gemäß Art 31 EURATOM - Vertrag eingesetzten Ad Hoc - Expertengruppe veröffentlicht (auch im Internet), der eine Gesundheitsgefährdung durch Überreste von Munition mit abgereichertem Uran praktisch ausschließt. Diese Untersuchung und die UNEP - Studie decken das gesamte Einsatzgebiet der Munition mit abgereichertem Uran ab.

**Zu Fragen 3 bis 5 und 7:**

Diesbezüglich wird auf die Beantwortung der gleich lautenden schriftlichen Anfrage Nr. 1725/J XXI. GP vom 18. Jänner 2001 durch den Herrn Bundeskanzler verwiesen.

**Zur Frage 6:**

Diese Aktion betrifft keinen Gegenstand der Vollziehung des Bundes.

**Zur Frage 8:**

Zur Beseitigung von Folgeschäden durch NATO - Angriffe wurden seitens der bilateralen Osthilfe (damals BKA, nunmehr BMAA) im Zeitraum September 1999 bis Jänner 2000 Messgeräte im Wert von EURO 1,9 Mio. (das entspricht ATS 26 Mio.) geliefert. Diese Geräte dienen dazu, die Kontamination der Donau in Folge der Zerstörung von Raffinerien und Chemiewerken (in Pancevo, Novi Sad, Bor) an der Donau zu messen und somit rechtzeitig Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Im Rahmen des Stabilitätspaktes wurden Mittel in Höhe von EURO 8 Mio. (das entspricht ATS 110 Mio.) zur Beseitigung der ärgsten Umweitschäden bereitgestellt. Hierbei handelt es sich um Projekte, welche die Entseuchung und die Verhütung einer weiteren Verschlechterung der Umweltbedingungen in den serbischen Städten Novi Sad (Zerstörung der Raffinerie), Pancevo (Zerstörung eines Chemiekombinats) sowie Kragujevac (Zerstörung einer Autofabrik) zum Ziel haben und seit Juli 2000 durchgeführt werden. Durchgeführt werden die Maßnahmen von UNEP (United Nations Environment Programme) und UNOPS (United Nations Office for Project Services).

**Zur Frage 9:**

Österreichische und internationale Medien haben auch über Prüfergebnisse berichtet, wonach DU - Munition keine krebsfördernden Auswirkungen hat (vgl. zum Beispiel „Die Presse“, „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ und die „Neue Züricher Zeitung“ vom 7. März 2001). Mitglieder der Bundesregierung haben sich im EU - Rahmen und gegenüber der NATO für eine restlose Aufklärung des Gefährlichkeitsgrades dieser Munition ausgesprochen.